

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 88/89  
Telefax: 08 86 848-48 ppbn-d



## Inhalt

33. Jahrgang / 40 / 27. Februar 1978

Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger spricht sich für eine Straffung der Parlamentsarbeit aus.

Seite 1/2

Heinz Pensky MdB wirft der CDU/CSU vor, beim Waffenrecht Grundsätze der Terrorismus-Bekämpfung zu vernachlässigen.

Seite 3

Bei den niedersächsischen Landtagswahlen wird die SPD zunehmend angriffslustig.

Seite 4/5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

Das Parlament von Detailfragen entlasten

-----  
Anregungen der Enquete-Kommission dürfen nicht versanden

Von Annemarie Renger MdB

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

Die Enquete-Kommission Verfassungsreform hat einen wesentlichen Teil ihrer Beratungen dem Parlament selbst gewidmet und ist damit der Tatsache gerecht geworden, daß der Deutsche Bundestag sowohl aus einer originären demokratischen Tradition heraus als auch im Hinblick auf die ihm vom Grundgesetz zugewiesenen politischen Aufgaben die zentrale Institution in unserem Verfassungsgefüge ist.

Ihrem Auftrag entsprechend hat die Enquete-Kommission konkrete Vorschläge ausgearbeitet, die dem Parlament helfen sollen, Schwierigkeiten zu überwinden und seinen Verfassungsauftrag gemäß auf der Höhe der politischen Entwicklung zu bleiben. Die Vorschläge, die das Parlament jetzt prüfen wird, verdienen nicht zuletzt deshalb eine besondere Beachtung, weil in der Enquete-Kommission ein repräsentativer Querschnitt von erfahrenen Sachkennern aus Politik und Wissenschaft, aus Bund und Ländern vereinigt waren.

Es trifft nicht gut, daß gleichzeitig mit der Vorlage des Schlußberichts der Enquete-Kommission auch ein umfangreiches Papier zur Reform der Geschäftsordnung fertiggestellt worden ist, das auf Initiativen der Parlamentsreform-Kommission der vergangenen Legislaturperiode und zusätzlichen Beratungsergebnissen des Geschäftsordnungsausschusses beruht. Damit ist eine breite Grundlage gegeben, um über die Möglichkeiten zur Verbesserung der parlamentarischen Arbeit beraten zu können.

Einige Anregungen der Enquete-Kommission zur Reform der Parlamentsarbeit erscheinen mir besonders wichtig:

Nicht zu Unrecht wird bemängelt, daß sich der Bundestag oft allzusehr in die Regelung fachlicher Details verliert, die politisch von nur geringer Bedeutung sind. Die Enquete-Kommission schlägt deshalb zur Entlastung des Bundestages vor, durch eine Änderung des Artikels 80 des Grundgesetzes die Delega-

tion der Rechtsetzungsbefugnis auf die Bundesregierung zu erleichtern. Das Parlament soll von Detailfragen entlastet und so in die Lage versetzt werden, sich mehr Zeit und Arbeitskraft für die Behandlung wichtiger politischer Fragen zu verschaffen.

Nun gibt es aber auch schon unter geltenden Ermächtigungsvoraussetzungen das problematische Gegenbeispiel des Straßenverkehrsgesetzes. Dieses Gesetz ermächtigt die Bundesregierung, wesentliche Bereiche des Straßenverkehrsrechts, zum Beispiel generelle Geschwindigkeitsbegrenzungen anzuordnen, ohne daß der Bundestag hierauf Einfluß hat.

Dazu haben Oppositionsabgeordnete bekanntlich die Initiative ergriffen, derartige Verordnungen in einer Novelle zum Straßenverkehrsgesetz von der Zustimmung des Bundestages abhängig zu machen. Der Widerspruch, der darin sichtbar wird, ist symptomatisch für die schwierige Situation des Parlaments. Es muß sich rechtsstaatlich gesicherte Möglichkeiten verschaffen, Arbeit zu delegieren; es muß sich andererseits den Weg offenhalten, um Themen zu beraten, die es für politisch wichtig hält.

Der Straffung des parlamentarischen Verfahrens soll auch die Empfehlung der Enquete-Kommission dienen, Gesetze in der Regel in zwei statt bisher drei Beratungen zu behandeln. Das ist durchaus erwägenswert, zumal dabei vorgesehen ist, verfassungsändernde Gesetze und das Haushaltsgesetz generell sowie politisch besonders bedeutsame Gesetze auf Antrag eines Viertels der Mitglieder des Bundestages wie bisher in drei Lesungen zu beraten.

Sehr gründlicher Überlegung bedarf der Vorschlag, dem Bundestag das Recht zu verleihen, die Wahlperiode nach eigenem Ermessen vorzeitig zu beenden. Dafür gibt es gute Gründe. Es sollte aber auch bedacht werden, daß damit dem Parlament ein Weg eröffnet wird, sich inkritischen Situationen der Verantwortung zu entziehen und seine Zuflucht in Neuwahlen zu suchen, die dann plebiszitären Charakter haben.

Der Bundestag darf die Reformüberlegungen, die die Enquete-Kommission angestrebt hat, nicht ungenützt lassen. Ebenso muß jetzt endlich die bereits in Einzelheiten ausgearbeitete Geschäftsordnungsreform in Angriff genommen werden. Sie sieht eine Vielzahl notwendiger Verbesserungen, Klarstellungen und Neuregelungen vor. Seit langem schon ist die Straffung der Redezeit gefordert, gleichfalls die Präzisierung der Bestimmungen über die Ausschüsse.

Mit dem Bericht der Enquete-Kommission ist der Deutsche Bundestag aufgefordert, alles zu tun, was geeignet ist, die Stellung des Bundestages als das für unsere Demokratie wichtigste Verfassungsorgan zu stärken. (-/27.2.1978/ks/lo)

+ + +

## Die Opposition schützt die Waffen-Lobby

Vorbeugung bei Innerer Sicherheit weiter verbessern

Von Heinz Pensky MdB

Obmann der SPD-Bundestagsfraktion für innere Sicherheit

Für Gangster und Terroristen wird es zunehmend schwerer, sich Waffen zu beschaffen. Ein restriktives Waffenrecht - zum Teil gegen den hartnäckigen Widerstand der CDU/CSU durchgesetzt - hat der Polizei die Handhabe gegeben, durch intensive Fahndung und Ermittlung den illegalen Waffenmarkt zusehends auszutrocknen. Beweis: Der bereits seit dem 1. Halbjahr 1975 beobachtete Rückgang der Fälle von Waffen-, Munitions- und Sprengstoffdiebstahl sowie die Zahl der gestohlenen Waffen, Munition und Sprengstoffe hat sich nämlich weiter fortgesetzt.

Geradezu sensationell mutet dabei der Rückgang beim Waffenkraut an. Wurden im ersten Halbjahr 1976 noch 866 Fälle von Waffendiebstahl gemeldet, waren es im Vergleichszeitraum des Vorjahres nur noch 542. Dabei wurden im ersten Halbjahr 1976 noch 1680 Waffen gestohlen, in den ersten sechs Monaten des Jahres 1977 waren es nur noch 915. Das entspricht einer Rückgangsquote von 37,4 Prozent bei den Diebstahlsfällen und von 45,6 Prozent bei der Zahl der entwendeten Waffen. Noch deutlicher: Wurden im zweiten Halbjahr 1972 noch in 1185 Fällen 2244 Waffen und 343 Kilogramm Sprengstoff (Vergleich erstes Halbjahr 1977: 6,9 Kilogramm = Minus 98 Prozent) gestohlen, konnte die Zahl der Fälle der entwendeten Waffen jetzt um mehr als die Hälfte reduziert werden. Damit ist auch ein Argument der CDU/CSU aus den Beratungen zum Waffengesetz 1972 sowie seiner Novellierung 1974 im Nachhinein eindrucksvoll entkräftet worden. Damals hatte die Opposition behauptet, ein so restriktives Waffenrecht, das den Handel, Besitz und Erwerb von Waffen so drastisch einschränke, würde automatisch zum Anstieg der Waffendiebstähle führen.

Umso verwunderlicher muß auch diesmal, wo die Koalitionsparteien das Waffenrecht noch enger fassen wollen, der hinhaltende Widerstand der Opposition in den Ausschüssen anmuten. Sie sträuben sich zum Teil gegen die beabsichtigte Einbeziehung von funktionsfähigen Kriegswaffen, die sich in privater Hand befinden. Auch gegen die Anhebung des Strafmaßes bei unerlaubtem Besitz von Waffen machen sie eine Reihe von Einwänden geltend. Im Rechtsausschuß stellten die Oppositionsabgeordneten von CDU/CSU gegen die beabsichtigte Regelung oder aber enthielten sich der Stimme.

Dieses wird von uns Sozialdemokraten, die wir Gesetzgebung im Bereich der inneren Sicherheit nicht repressiv, sondern präventiv verstehen, scharf verurteilt. Während in anderen Gesetzgebungsbereichen, wie z.B. beim Demonstrationsstrafrecht, bei der Sicherheitsverwahrung, der CDU/CSU die Verschärfungen nicht weit genug gehen konnten, hat sie hier auf einmal merkwürdige Vorbehalte. Das gilt auch für die beabsichtigte Novellierung des Kriegswaffenkontrollgesetzes.

Dieser Aspekt der Waffen-"Kriminalität" ist bislang von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt geblieben, und zwar handelt es sich hier um eine Gesetzeslücke, die sich gewissenlose Waffenhändler, sogenannte Makler oder Vermittler für diesen tödlichen, aber profitablen Geschäftszweig zunutze gemacht haben. Während nämlich nach dem Waffenrecht auch das Vermitteln von Waffen unter Strafe steht, geht derjenige straffrei aus, der am heimischen Herd sitzend per Telefon zum Beispiel Kriegswaffen von einem Verkäufer in einem Land X zu einem Käufer im Land Y vermittelt. Diese Waffen- und dabei handelt es sich um ganze Schiffsladungen - reichen aus, mittlere Bürgerkriege nicht nur in Bananerepubliken zu entfachen. Diese Waffen gelangen aber auch auf ausländische Schwarzmärkte. Dabei kann man nicht ausschließen, das sogar deutsche Terroristen aus diesen Quellen ihren Waffennachschub speisen. Auch gegen diese Novellierung hat die Opposition Bedenken geltend gemacht. Das beweist, daß die CDU/CSU mit "Schaugesetzen", die direkt einen Abbau demokratischer Rechte bewirken, wie z.B. bei der Verteidigerüberwachung, schnell bei der Hand ist. Geht es aber um konkrete präventive Maßnahmen, zeigt sie merkwürdige Vorbehalte. Oder geht es beim Kriegswaffenkontrollgesetz etwa um marktwirtschaftliche Prinzipien?

(-/27.2.1978/ks/10)

Ravens tritt als kämpferischer Herausforderer an

---

In Niedersachsen hat der Wahlkampf begonnen

Wer glaubte, daß die Sozialdemokraten in Niedersachsen, zwei Jahre nachdem sie - nicht ganz ohne eigene Mitschuld - aus der Landesregierung geflogen waren, zur Schlacht getragen werden müssen oder nur mit hängenden Köpfen in die bevorstehende Auseinandersetzung um die Landtagswahl am 4. Juni gingen, der muß seit dem vergangenen Wochenende umdenken. Und ebenso geht es jenen, die den 1976 durch drei anonyme Stimmen aus dem Lager der damaligen SPD/FDP-Koalition an die Macht gekommenen CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht für unschlagbar hielten.

Zwei Termine am Wochenende waren es, die das Gegenteil beweisen, die Stimmung in der oppositionellen SPD veränderten und Dampf in ihre Wahlkampfmaschine bliesen. Auf der Landesdelegiertentagung in Delmenhorst, dem "Wahlparteitag" der SPD, wurde Karl Ravens einstimmig zum Spitzenkandidaten für das Amt des niedersächsischen Ministerpräsidenten nominiert und das SPD-Wahlprogramm ebenfalls einstimmig beschlossen.

Karl Ravens, der als Kabinettsmitglied stets eher zurückhaltend wirkende Fachminister für Wohnungs- und Städtebau, trat in Delmenhorst - zur Überraschung mancher Beobachter - als kämpferischer Herausforderer an. Die CDU, deren Wahlkampfanlage bislang auf das keep smiling und die Sympathiewerbung ihres auf breite Zustimmung in der Öffentlichkeit stossenden Ministerpräsidenten Ernst Albrecht baute, wird sich überlegen müssen, wie sie die massiven Konterschläge in der Sachpolitik abfangen will, mit denen Karl Ravens seinen Wahlkampf eröffnete. Dies wird für die Regierungspartei nicht einfach sein, denn seit dem Wechsel 1976 wird in Hannover nach dem Motto regiert: "Wer gar nichts macht, kann auch keine Fehler machen."

Da nun aber Ravens der CDU nicht den Gefallen tut, dem stereotypen Albrecht-Lächeln einfach ein noch schöneres Ravens-Lächeln entgegenzusetzen, sondern

knallhart nach der tatsächlichen Albrecht-Politik für Niedersachsen fragt und selbst seine Politik für ein soziales Niedersachsen präsentiert, kommt die Union des Ernst Albrecht in Zugzwang. Die Zeit bis zum 4. Juni ist zu kurz um noch schnell die bislang versäumte Sachpolitik nachzuschieben. Albrecht wird sich also in seinem Wahlkampf auf Versprechungen beschränken müssen: Eine ungünstige Ausgangsbasis für eine Regierung, die zwei Jahre Zeit gehabt hätte, um Politik zu machen.

Die FDP weiß nun endgültig, daß die Schonzeit für sie vorbei ist. Ravens hat deutlich zu verstehen gegeben, daß er ihr kritische Fragen nach ihrer Liberalität nicht ersparen wird.

Bundeskanzler Helmut Schmidt, der am Wochenende bei der norddeutschen Betriebsrätekonferenz der SPD in Hannover seine Partei eindringlich vor riskanten Abenteuern mit der Mehrheit gewarnt hat, weil allzuschnell Strauß, Dregger und Filbinger in dieser Republik das Sagen bekommen könnten, hat die Delegierten des SPD-Wahlkongresses in Delmenhorst zusätzlich motiviert für eine Auseinandersetzung, die von Seiten der herausfordernden SPD mit mehr Engagement geführt zu werden scheint, als manche Beobachter glaubten und als der CDU lieb sein kann.

Ravens ist angetreten. Er hat die Aufforderung seines bisherigen Chefs Helmut Schmidt ernst genommen und will der Albrecht-Regierung das Fürchten lehren. Er kann dabei auf eine fest geschlossene Landes-SPD bauen, die den Appell des Kanzlers nach Geschlossenheit und Entschiedenheit ebenfalls ernst genommen und unverzüglich in die Tat umgesetzt hat, wie das Wahlergebnis für Karl Ravens und die Abstimmung über das Wahlprogramm der SPD für Niedersachsen bewiesen hat.

(-/27.2.1978/ks/lo)

+ + +